## RECHTE POLITIK IN EUROPA ODER GEFAHR VON RECHTSAUSSEN – Gewerkschaften für ein offenes und solidarisches Europa

AK-Wien-, VÖGB-, IG-Metall-Konferenz, Wien, 2.-4.Dezember 2015

## "Die "kleinen Leute" und das große Kapitalinteresse – Rechtsextremismus als Herausforderung für Gewerkschaften"

Andreas Peham (Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand)

Extreme Rechte inszenieren sich in ganz Europa als Anwälte des "kleinen Mannes" und Erben der Sozialdemokratie. Sie geben vor, auf seiner Seite gegen das herrschende Establishment zu stehen und ihn vor den Zumutungen des globalisierten ("internationalen") Kapitalismus zu schützen. Auch wenn es sich hierbei vor allem um bloße Sozialdemagogie handelt, Rechtsextreme seit jeher tatsächlich das Interesse bestimmter nationaler Kapitalfraktionen vertreten, sollten sich gerade gewerkschaftlich Organisierte mit diesen autoritär-populistischen und im Kern stets antisemitischen Inszenierungen auseinandersetzen. Zudem wurde schon vor mehr als zehn Jahren in Deutschland nachgewiesen, dass Gewerkschaftsmitglieder nicht weniger rechtsextrem eingestellt sind als Nicht-Mitglieder. Unter besser verdienenden und höher gebildeten Mitgliedern wurde sogar eine überproportionale rechtsextreme Orientierung festgestellt. Auch in Österreich immunisiert (seit den NR-Wahlen 2008) die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft nicht mehr gegenüber rechtsextremen (v. a. rassistischen) Angeboten.

Rechtsextreme können heute auch und v. a. als *symbolische Sozialisten* bezeichnet werden (vgl. Goldmann/Krall/Otomeyer 1992, 60). Als solcher schüren sie das antikapitalistische Ressentiment, das Aufgrund seiner Aufspaltung in (*schaffende*/gute) Produktion und (*raffende*/schlechte) Zirkulation zumindest strukturell antisemitisch ist. Ihre Angriffe auf das *System* fallen deswegen so heftig aus, weil sie eben nicht radikal im eigentlichen Wortsinn waren, also nicht auf die ökonomische Struktur abzielen. Sie rufen die *kleinen Leute* als von übermächtigen Institutionen (wie z. B. Kammern) und PolitikerInnen unterdrückte und verfolgte Opfer an. Die ökonomischen, gesellschaftlichen Zwänge werden als politisch-institutionelle

benannt und so einer tatsächlichen Überwindung entzogen. Gleiches gilt für die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit: An ihrer Stelle bildet der *symbolische Sozialist* das Gegensatzpaar Arbeit und Nicht-Arbeit. Anknüpfend an die antisemitische Unterscheidung zwischen *schaffendem* und *raffendem* Kapital wird eine Gemeinschaft der Produktiven gegen *parasitäre Bonzen* oder "internationale[r] Spekulanten" (FPÖ-Parteiprogramm 2005) konstruiert. Im symbolischen Sozialismus wird soziale Ungleichheit negativ in der *Volksgemeinschaft* aufgehoben. Hier ist der Hang jedes Pseudo-Sozialismus zum Rassismus angesprochen: Soziale Differenz wird stets mit völkischer Identität zugedeckt. Jede ideologische Gemeinschaftsbildung gegen die soziale Schichtung der Gesellschaft braucht zur Integration den Hass auf jene, die nicht dazu gehören: Wer den/die inländische/n ArbeitgeberIn liebt, hasst oft den/die Kollegen/Kollegin mit "Migrationshintergrund"…

Im permanenten Wahlkampf der FPÖ wird gegenüber dem Publikum deren Anteilnahme am politischen Prozess suggeriert. Die reale Ohnmacht wurde kollektiv aufgehoben in permanenter, hysterischer Bewegung, Verfolgungswahn und in Allmachtsphantasien. Die TeilnehmerInnen an einer Strache-Kundgebung erinnern in vielem an eine "pathologische Gruppe"<sup>1</sup>, die in unmittelbarem Kontakt mit einem Führer, der noch dazu ihre aggressiven Impulse auf Mitglieder der Fremdgruppe lenkt, Befriedigung findet.

Auf der Seite des Publikums wirken bürgerliche Vergesellschaftungsmodi und autoritäre Dispositionen begünstigend für den Erfolg des aktuellen Rechtsextremismus:

"Das Individuum, das zum Verzicht auf fundamentale Wünsche und einem System strenger Selbstbeschränkung zu leben gezwungen wurde, und das sich betrogen fühlt, neigt nicht nur dazu, nach einem Objekt zu suchen, an dem es 'sich schadlos halten' kann, es wird sich auch besonders über die Vorstellung ärgern, andere könnten 'besser wegkommen'. [...] Der Konventionelle, der zu wirklicher Kritik an der akzeptierten Autorität nicht imstande ist, wird vermutlich den Wunsch haben, diejenigen zu verurteilen, abzuweisen und zu bestrafen, welche sie missachten." (Adorno 1995: 50f)

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gruppenbildung ist dann als pathologisch zu bezeichnen, "wenn sie dem ohnmächtigen Individuum vor allem dazu verhilft, unsublimierte und uneingeschränkt destruktive Triebenergien abzuführen". (Simmel 1993: 72)

Die Ursachen für den Erfolg des Rechtsextremismus sind vielfältig. Begünstigt werden derartige Diskurse durch eine herrschende Politik, die sich auf Propaganda, auf bloße Organisierung von Zustimmung beschränkt. Daneben ist die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie als Bedingung des autoritären Populismus zu nennen. Mit dem Stopp der Demokratisierung unter den Bedingungen des Neoliberalismus schwanden die Erfolgsaussichten solidarischen Handelns entlang gemeinsamer sozialer Interessen. Dies begünstigt die "Tendenz zu "narzißtischer Perspektivenverengung' sozialen Protests" (Berghold/Ottomeyer 1995: 320).

Eine wirksame Gegenstrategie müsste mit einem Wechsel der Form beginnen: Ein emanzipatorischer Populismus ist ein Widerspruch in sich. Fortschrittliche Politik kann sich nicht auf die kleinen Leute beziehen, sondern nur auf deren Aufhebung. In unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen müsste dabei vielmehr an der Reartikulation sozialer Interessen gearbeitet werden. Dazu bräuchte es neben entsprechend kämpferischen Interessenvertretungen mündige StaatsbürgerInnen mit demokratischem Bewusstsein. Die gut gemeinten Vorschläge, durch politische Reformen (etwa des Wahlrechts) die Demokratie zu festigen, kranken an ihrem passiven Charakter und scheinen so wenig geeignet, aus Untertanen aktive BürgerInnen zu machen. Und die Forderung nach Ausweitung plebiszitärer Mitbestimmungsmöglichkeiten gehört nicht umsonst zum Arsenal des Rechtsextremismus. Unter den gegenwärtigen Bedingungen brächte die direkte Demokratie wohl das kollektive Ressentiment an die Macht. Wir sollten demgegenüber vielmehr von der Notwendigkeit einer nachholenden Demokratisierung von unten ausgehen. Diese beschränkt sich nicht auf Änderungen der parlamentarischen Geschäftsordnung oder ähnlich oberflächliche Reformen, sondern zielt als offenes Projekt notwendig auf sämtliche Lebensbereiche. Dieser Repolitisierung des Sozialen steht jedoch die aktuelle Legitimationsstrategie politischer Herrschaft entgegen. Mit dem permanenten Verweis auf Sachzwänge -Stichwort Standortsicherung – wird der Spielraum oppositioneller Haltungen eingeengt – und der Boden für die Erfolge des Rechtsextremismus aufbereitet.

## Literatur:

Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. Berghold, Joe/Ottomeyer, Klaus (1995): Populismus und neuer Rechtsruck in Österreich im Vergleich mit Italien, in: Sieder, Reinhard; Steinert, Heinz; Tálos, Emmerich (Hg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft - Politik - Kultur. Wien, S. 314-330.

Goldmann, Harald/Krall, Hannes/Otomeyer, Klaus (1992): Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Klagenfurt/Celovec Simmel, Ernst (1993): Antisemitismus und Massen-Psychopathologie, in: Ders. (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M.